

Unverkäufliche Leseprobe



Ilko-Sascha Kowalczuk
Endspiel

Die Revolution von 1989 in der DDR

623 Seiten. Broschiert
ISBN: 978-3-406-68407-4

Weitere Informationen finden Sie hier:
<http://www.chbeck.de/15144793>

VORBEMERKUNG ZUR NEUAUSGABE

Dieses Buch erschien erstmals im Februar 2009 aus Anlass des bevorstehenden 20. Jahrestages der Revolution von 1989. In einer nur wenige Monate später erfolgten zweiten Auflage sind einige Fehler korrigiert worden. Außerdem brachte die Bundeszentrale für politische Bildung 2009 eine Sonderausgabe heraus. Nun freue ich mich, dass der Verlag C. H. Beck eine Neuauflage verlegt. Diese ist überarbeitet, korrigiert und an einigen wenigen Stellen ergänzt worden. Ich habe mich bemüht, Kritik und Anregungen aus den sehr vielen Rezensionen im In- und Ausland sowie aus erfreulich vielen Leserzuschriften aufzugreifen und zu berücksichtigen. Insgesamt aber blieb die ursprüngliche Struktur und Substanz des Buches erhalten. Ich habe nur in jenen Fällen wissenschaftliche Debatten, die in den Jahren seit 2009 geführt wurden und zum Teil neue Einsichten und Überlegungen erbrachten, berücksichtigt, wenn dies für die Erzähl- und Erklärungsstruktur, wie sie in diesem Buch zum Tragen kommt, von entscheidender Bedeutung ist. Das Literaturverzeichnis habe ich aktualisiert und erweitert, den Anmerkungsapparat behutsam ergänzt.

18. März 2015

EINLEITUNG

Mauern existierten in der DDR viele. Die wenigsten waren sichtbar. Die berühmteste errichtete die SED-Führung am 13. August 1961 zwischen Ost- und West-Berlin, damit niemand mehr ungehindert und ohne ausdrückliche Erlaubnis von einer Stadthälfte in die andere gelangen konnte. Die «grüne Grenze» zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West war schon seit Anfang der fünfziger Jahre nicht mehr gefahrlos passierbar. Die SED-Führung hatte die Bevölkerung endgültig eingemauert.

Aber sie mauerte nicht nur das Volk ein, auch sie selbst hatte sich aus Angst vor diesem hinter mächtigen Mauern verschanzt. Bis 1960 lebten die wichtigsten Repräsentanten des Regimes im «Städtchen» in Pankow, einem nordöstlichen Stadtteil von Berlin. Hier hatten sich die Macht-habenden einen abgeschotteten Wohnpark geschaffen, bestehend aus Villen, die die Kriegszeit unbeschadet überstanden hatten. Umgeben war die Anlage von Zäunen und Sichtblenden, an den Zufahrtstraßen patrouillierten Soldaten. Seit den fünfziger Jahren war daher oftmals vom «Pankower Regime» die Rede, wenn es um die DDR ging. So fuhr Udo Lindbergs berühmter Sonderzug 1983 nach Pankow: «Entschuldigen Sie, ist das der Sonderzug nach Pankow? / Ich muss mal eben dahin, mal eben nach Ost-Berlin. / Ich muss da was klären mit eurem Oberindianer. /» Der saß in Berlin-Mitte. Sein Wohnsitz aber befand sich seit 1960 nordöstlich von Berlin in einer Waldsiedlung, die Wandlitz genannt wurde. Dabei gehörte diese «Waldsiedlung» verwaltungstechnisch nicht zur Gemeinde Wandlitz, sondern zu Bernau.

In der Siedlung gab es 23 Einfamilienhäuser, eine Schwimmhalle, ein Kulturhaus, eine Verkaufsstelle sowie Anwesen für die Wachmannschaften des MfS. Umgeben war sie von streng gesicherten Zäunen. In der Bevölkerung ist viele Jahre heftig über die barocke Verschwendungssucht in der geheimnisvollen Siedlung der mächtigsten Männer, es waren ausschließlich Männer, spekuliert worden. Man argwöhnte, dass dort alles im

Überfluss existiere, vor allem jene begehrten westlichen Konsumgüter, die im Alltag nicht oder nur unter Mühen zu haben waren. Den führenden SED-Funktionären wurde eine Lebensweise nachgesagt, die zwischen adeligem Stil und neureicher Verschwendungssucht pendelte.

Am 24. November 1989, zwei Wochen nach dem Fall der Mauer, brach selbst diese Vorstellung zusammen. Mehreren DDR-Journalisten und einem offiziellen DDR-Fernsehteam war es erlaubt worden, das militärisch geschützte Areal in Augenschein zu nehmen. Millionen Fernsehzuschauer konnten nun sehen, dass die ranghöchsten SED-Funktionäre in einer kleinbürgerlichen, biedereren, nicht einmal behaglich anzuschauenden Welt ihre Freizeit verbracht hatten. Im Verkaufsladen gab es westliche Waren – sie sind Tage zuvor eilig weggeschafft worden – und in den Küchen standen Produkte der Firma «Miele» herum. Aber sonst roch es selbst aus der Röhre nach all dem Mief, der den DDR-Menschen seit Jahrzehnten vertraut war.

Das kleine Fernsehspiel erfuhr seinen dramaturgischen Höhepunkt durch eine zufällige Begegnung mit Kurt Hager, der gemeinsam mit seiner Frau einen Spaziergang hinter den Mauern von «Wandlitz» unternahm. Hager, 1912 geboren, stammte aus einer Arbeiterfamilie, legte Abitur ab, gehörte seit Ende der 1920er Jahre zur kommunistischen Bewegung, 1930 trat er der KPD bei. Von den Nationalsozialisten nach deren Machtantritt 1933 zunächst in ein Konzentrationslager eingesperrt, ging er 1934 ins Exil. Am Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939 war er aktiv beteiligt; er wurde mehrfach interniert. Im Juli 1946 kam er aus dem britischen Exil nach Deutschland zurück und bekleidete seither ununterbrochen höchste Positionen zunächst in der SBZ und dann in der DDR. Seit 1949, dem Jahr der DDR-Gründung, zählte er zum erweiterten Führungszirkel im SED-Apparat, ab 1955 war er Sekretär des Zentralkomitees der SED, ab 1958 Kandidat und schließlich ab 1963 Vollmitglied des SED-Politbüros, dem eigentlichen Machtzentrum in der DDR. Zuständig war er für alle Fragen der Kultur und Kunst, der Wissenschaften und Hochschulen sowie der Ideologie. Sein inoffizieller Beinamen lautete «Ideologie-Chef» oder auch «Chef-Theoretiker». Seine ansehnliche Titelliste schmückten ein naturwissenschaftlicher Ehrendoktor und eine Professur der Humboldt-Universität zu Berlin. Ganz mochten auch die «führenden Genossen» nicht auf bürgerliches Beiwerk verzichten.

Dieser Mann war nicht irgendein Rädchen im Getriebe, sondern ein

wichtiger Teil des Systemmotors. Mitte November 1989 stand nun unversehens ein Fernseherteam vor ihm, eine Situation, die er nicht kannte, die in der DDR bis vor kurzem undenkbar war. Und was er da spontan von sich gab, trug dazu bei, die SED und die DDR weiter zu delegitimieren. Sprach doch Hager davon, dass «Wandlitz» nur ein besseres Internierungslager darstelle. Er verglich «Wandlitz» gar mit einem KZ.

Damals haben die meisten Menschen darüber gelacht – und waren zugleich heftig empört. Hinter Hagers Einlassung verbarg sich der ungebrochene Glaube, im Auftrag einer höheren Mission – die Kommunisten nannten sie seit Karl Marx und Friedrich Engels die «historische Mission der Arbeiterklasse» – gehandelt zu haben. Und weil diese «historische Mission» notfalls auch gegen Widerstand erfolgreich zu Ende gebracht werden musste, war es notwendig, dass Funktionäre wie Kurt Hager an einem vom Volk abgeschotteten Plätzchen vor sich hin lebten. «Wandlitz» war entstanden, weil man nach den Erfahrungen der gescheiterten Revolutionen von 1953 in der DDR und 1956 in Ungarn die Repräsentanten bei möglichen weiteren Aufständen besonders gut beschützt wissen wollte. 1989 hat dies nichts genutzt. Der Liedermacher Wolf Biermann, der 1953 als Kommunist von Hamburg nach Ost-Berlin übergesiedelt war und den die ostdeutschen Kommunisten im November 1976 nach einem Konzert in Köln nicht mehr in die DDR zurückließen, schrieb Ende 1989 ein Lied, in dem eine damals weit verbreitete Haltung zum Ausdruck kam: «Wir wollen dich nicht ins Verderben stürzen / du bist schon verdorben genug / Nicht Rache, nein, Rente! / im Wandlitzer Ghetto / und Friede deinem letzten Atemzug.»¹

Als Biermann beim ersten DDR-Konzert nach seiner Ausbürgerung am 1. Dezember 1989 in Leipzig dieses Lied vortrug, war es von heftigem Beifall und Gelächter begleitet.² Die 81-jährige Schauspielerinnen Steffie Spira hatte bereits am 4. November 1989 auf dem Berliner Alexanderplatz ihre Rede mit der Aufforderung beendet: «Aus Wandlitz machen wir ein Altersheim! Die über 60- und 65jährigen können jetzt dort schon wohnen bleiben, wenn sie das tun, was ich jetzt tue – Abtreten!»³ Gelächter und Beifall begleiteten auch ihre Rede.

Kurt Hager war als SED-Funktionär besonders verhasst. Anders als SED-Generalsekretär Erich Honecker, MfS-Minister Erich Mielke, Volksbildungsministerin Margot Honecker oder der Chefkommentator im Fernsehen, Karl-Eduard von Schnitzler, hatte sich Hager mit einem einzi-

gen Interview die Wut eines breiten Spektrums der DDR-Bevölkerung zugezogen. Bis Anfang April 1987 war er für die meisten Menschen eines jener SED-Politbüromitglieder, die zwar die Macht im Staat verkörperten, deren Kompetenz aber entweder nicht bekannt war oder einfach nicht interessierte. Das änderte sich im Frühjahr 1987 schlagartig.

Am 9. April 1987 veröffentlichte der «stern» ein Interview mit ihm, das tags darauf das SED-Zentralorgan «Neues Deutschland» ungekürzt nachdruckte. In diesem Interview gab er gebetsmühlenartig all das wieder, was die SED-Propaganda tagtäglich verkündete: nur in den sozialistischen Staaten herrsche wirkliche Demokratie, Millionen Menschen würden sich in der DDR tatkräftig engagieren; nur der Sozialismus könne die sozialen und globalen Probleme der Welt lösen; die ostdeutsche Wirtschaft stelle eine Erfolgsgeschichte dar; in der DDR existiere eine eigenständige sozialistische deutsche Nation; die Medien der DDR würden realistisch über die DDR berichten. Das alles waren die DDR-Menschen gewohnt. Neu war, dass Hager den Reformbestrebungen, wie sie seit 1985/86 in der Sowjetunion unter KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow begonnen worden waren, eine harsche Absage erteilte. Bis zu diesem Zeitpunkt galt die Losung «Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen». Moskau war die Garantiemacht der SED-Herrschaft. Nun sah die Parteiführung, nicht unrealistisch, dass die Reformen in der UdSSR ihre eigene Herrschaft gefährden könnten.

Das «stern»-Interview fand nicht mündlich, sondern schriftlich statt. Die Hamburger Redaktion hatte Fragen übermittelt, die von der SED-Führung beantwortet wurden. Das SED-Politbüro hatte am 18. März 1987 die Antworten gebilligt. Hager log später, die Antworten wären vom Außenministerium gekommen und er hätte den Fehler begangen, «dass ich mich zu eng an diesen Entwurf hielt und nicht meinen eigenen Stil gebrauchte».⁴ Doch die Antworten entsprachen genau jenem «Stil», den Hager und andere SED-Funktionäre seit jeher gebrauchten und der sie so farblos erschienen ließ. Der Text war der vom Politbüro abgesegnete. Jeder wusste das, weil ein SED-Funktionär weder in einer westlichen Zeitschrift noch im «Neuen Deutschland» irgendetwas publizierte, was nicht als parteiamtliche Stellungnahme zu gelten hatte. Hagers Absage an eine Reform des Sozialismus im Sinne Gorbatschows gipfelte in dem Satz: «Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, Ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?»

Hager hatte fortan einen neuen Spitznamen weg: «Tapeten-Kutte». Das Entsetzen war groß und reichte bis weit in die SED hinein. Denn für viele Menschen in der DDR war klar, dass es so nicht weiter gehen könne. Zugleich legte sich weiter Mehltau übers Land. Hoffnungslosigkeit, Resignation breiteten sich aus. Viele versuchten, das Land für immer zu verlassen. Wenige engagierten sich in oppositionellen Gruppen. Die Masse verharrte wie das Kaninchen vor der Schlange. Nicht einmal der Rückzug ins Private glückte mehr so richtig: wollte man an seiner Schrebergartenidylle weiter werkeln, musste man stundenlang anstehen, um den dringend benötigten Sack Zement zu bekommen, die Fliese war nur im Tausch oder unter anderen Mühen zu haben. Viele Menschen waren deshalb so entsetzt über das, was «Tapeten-Kutte» gesagt hatte, weil damit ganz klar war, so lange «die» das Sagen hätten, würde sich nichts ändern.

Nur zweieinhalb Jahre später ging es nicht mehr ums Tapezieren. Die Grundmauern wurden eingerissen, bald auch das Fundament ausgetauscht. Das erfolgte in einem Tempo, das vielen Zeitgenossen die Sprache verschlug. Der im November 1989, nach der Maueröffnung am Abend des 9. November, oft gehörte Ausspruch «Wahnsinn», als Millionen Menschen freudetrunken von Ost nach West reisten, basierte auf der nicht für möglich gehaltenen Erfahrung, dass innerhalb weniger Wochen ein scheinbar fest zementiertes System von der politischen Landkarte verschwand. Dies geschah in einer Schnelligkeit, die noch im Sommer 1989 absolut unmöglich schien. Zeit bekam einen neuen Stellenwert im Denken und Leben vieler Ostdeutscher.

Mein Buch möchte dieses Paradoxon erklären: Die scheinbare Stabilität und angebliche Ruhe in der DDR bis 1989 und dann das hohe Tempo des Staats- und Systemzerfalls innerhalb weniger Wochen. Im Kern der Darstellung steht die Frage, warum die SED-Herrschaft in so kurzer Zeit zerfiel. Gerade weil die DDR-Gesellschaft von vielen Paradoxien und Widersprüchen geprägt war, vielleicht nicht mehr als es sie in anderen Gesellschaften gab und gibt, aber von ganz eigenen und in gewisser Hinsicht einzigartigen, ist auch meine Darstellung selbst nicht frei von Paradoxien, Widersprüchen und einem häufigen «sowohl-als-auch». Dieses Buch ist keine Geschichte der deutschen Einheit. Es stellt nicht einmal den Weg zur deutschen Einheit dar. Hier geht es um den Zusammenhang, der die

deutsche und europäische Einigung erst möglich machte: den gesellschaftlichen Aufbruch in den Ostblockländern.

Im Zentrum der Betrachtung stehen drei zeitliche Ebenen: zunächst wird ein breites Panorama der DDR-Gesellschaft gezeichnet, um deutlich zu machen, wie sich die Krise ab Mitte der 1980er Jahre allmählich zuspitzte. Auch weil heute nicht wenige Menschen dazu neigen, den SED-Staat zu verharmlosen und das alltägliche Leben in der DDR zu beschönigen, bemüht sich diese Darstellung zu erklären, warum das historische Gebilde DDR 1989 an sein alternativloses Ende gelangt war und die meisten Menschen das Leben hinter der Mauer einfach nur noch satt hatten. Die unmittelbare Vorgeschichte der europäischen Ereignisse von 1989/90 setzte im Dezennium zuvor ein. Anders als noch 1953, 1956, 1961 oder 1968 blieb die polnische Krise, trotz Ausrufung des Kriegsrechts im Dezember 1981, insofern eine innere Angelegenheit des Landes, als diesmal keine Armeen fremder Staaten einmarschierten – und doch stand sie exemplarisch für den gesamten Ostblock. Als 1985 Michail S. Gorbatschow in Moskau die Macht übernahm, wurde schnell deutlich, dass die Dynamik seiner Innen- und Außenpolitik zu Ergebnissen führen konnte, die er nicht beabsichtigt hatte. Sein Verdienst bleibt es, diesen Prozess nicht mit militärischen Mitteln, jedenfalls nicht außerhalb der Sowjetunion, abgebrochen zu haben. Letztlich dankte die Mehrheit der DDR-Bevölkerung den sowjetischen Soldaten und namentlich Gorbatschow dafür, dass sie nicht das taten, was man Jahrzehnte lang von Moskau gewöhnt war: Panzer auffahren zu lassen und friedliche Menschen zu erschießen. Diese Huldigung zeigt, wie sehr Diktaturen zivilisatorische Errungenschaften auf den Kopf zu stellen vermögen. Weil Gorbatschows Politik so viele Auswirkungen auf die Situation in der DDR zeitigte, setzt meine Darstellung Mitte der achtziger Jahre ein – stets eingedenk der Tatsache, dass Gorbatschow die letzte Antwort auf die von Polen ausgehende gesellschaftliche Emanzipationsbewegung im Ostblock und die tiefe Krise in der UdSSR und dem gesamten Imperium darstellte. Dabei werde ich dieses Zäsur nicht dogmatisch handhaben, sondern auch historisch zurückgreifen.

Anschließend betrachte ich im zweiten Kapitel die Ereignisse von Anfang 1989 bis zur Leipziger Massendemonstration am 9. Oktober 1989. Hier wird vor allem geschildert, wie in einer lange angebahnten tiefen gesellschaftlichen Krise die Machthabenden nicht mehr konnten wie sie

wollten, und die Gesellschaft nicht mehr wollte, was ihr die Herrschenden bislang abverlangt hatten. Innerhalb weniger Wochen brach das System, dem selbst internationale Beobachter Stabilität zugesprochen hatten, wie ein Kartenhaus zusammen.

Schließlich gehe ich im dritten Kapitel auf die nochmals rasant verschärften Entwicklungen zwischen Honeckers Rücktritt und den demokratischen Wahlen vom 18. März 1990 ein. Dass der Mauerfall am 9. November dieses Tempo erheblich gesteigert hat, steht außer Frage. Anders aber als oft dargestellt, erscheint er hier inmitten eines historischen Prozesses. Er war eine Zäsur, in gesellschaftshistorischer Perspektive stellt sich diese jedoch etwas anders dar, als wenn der Mauerfall nur als Einzelereignis betrachtet wird. Hier soll ein Demokratisierungsprozess dargestellt werden, der viele Facetten aufwies und sich zugleich mit den ersten freien demokratischen Wahlen von Anfang an ein Ziel setzte, so dass der damit verbundene gesellschaftliche Lerneffekt interessanter erscheint als das Ergebnis. Zum Schluss gehe ich auf den Charakter des Umbruchs ein und warum es vielen schwerfällt, ihn als Revolution zu bezeichnen.

Dieses Buch thematisiert nicht die Vereinigungsgeschichte, Vereinigungskrise, die Vereinigungsfehler, das Vereinigungsglück und anderes. In der Darstellung gibt es drei Zäsuren: den 9. Oktober 1989, den 9. November 1989 und den 18. März 1990. Jede Zäsur steht für neue Optionen. Der 18. März, der Tag der ersten freien Wahlen in der DDR, markiert einen besonderen Einschnitt, da nun demokratisch legitimierte Volksvertreter begannen, Politik zu machen. Die Gesellschaft trieb auch sie, aber meist nach anderen Spielregeln als zuvor. Am 18. März 1990 war die SED-Diktatur institutionell unwiderruflich Geschichte geworden.

Ein solches Unterfangen setzt Grenzen. Meine Perspektive richtet sich auf gesellschaftliche Prozesse. Die große Politik, die internationalen Verflechtungen und nicht zuletzt die osteuropäischen Entwicklungen werde ich ansprechen. Aber mein Hauptaugenmerk gilt der Gesellschaft und den verschiedenen Reaktionen auf die «große Politik». Gerade weil ich die Ereignisse von 1989 insgesamt als Bürgerbewegung begreife, konzentriert sich meine Darstellung auf die Bürger und Bürgerinnen. Auf jene, die im Herbst 1989 zu Bürgern wurden, und jene, die schon vor 1989 versuchten, in der Diktatur Bürgerrechte einzuklagen und wahrzunehmen. Und dazu gehört auch, dass ich auf «die anderen» eingehe, die 1989 und zuvor versuchten, Bürgerrechte zu unterdrücken. Ich schreibe meist von «DDR-

Menschen» und nur dann von «Bürgern», wenn sie sich auch so verhielten. Denn die Abwesenheit von Bürgerrechten impliziert auch überwiegend die Abwesenheit von «Citoyens» und macht diese zu Ausnahmefällen.

Diese Darstellung basiert auf Quellen, die ich im Bundesarchiv, im Archiv des Bundesbeauftragten für die MfS-Unterlagen, in Archiven der DDR-Opposition wie der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin oder dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig und in vielen weiteren Archiven fand. Bei deren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen bedanke ich mich für die Zusammenarbeit. Zu den benutzten Quellen gehören auch Tages- und Wochenzeitungen sowie unterschiedliche Periodika von Untergrundzeitschriften bis hin zu Politik-, Literatur-, Sport-, Kultur-, Kunst- und Musikblättern. Besonders hervorheben möchte ich die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebene 125bändige Pressesammlung «Deutschland 1989» und «Deutschland 1990».

Für einen Historiker ist es eine Selbstverständlichkeit, dass er versucht, all das, was zum Thema erschienen ist, zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe aber auch hier nur Zitate nachgewiesen. Ein knappe Auswahlbibliographie deutet an, dass die Spezialliteratur umfänglich ist. Und weil diese in diesem Buch zu wenig explizit sichtbar wird, nenne ich an dieser Stelle einige Autoren, deren Werken ich aus ganz unterschiedlichen Gründen besonders viel verdanke: Timothy Garton Ash, Ralf Dahrendorf, Karl Wilhelm Fricke, Hans-Hermann Hertle, Armin Mitter, Patrik von zur Mühlen, Ehrhart Neubert, Michael Richter, Gerhard A. Ritter, Richard Schröder, André Steiner, Karsten Timmer und Stefan Wolle. An erster Stelle aber stehen die insgesamt 33 Bände der beiden Enquete-Kommissionen des Bundestages, die zwischen 1992 und 1998 tagten und sich mit Geschichte und Folgen der SED-Diktatur sowie dem Prozess der deutschen Einheit beschäftigten. Die Bände stellen in vielerlei Hinsichten eine nicht zu überschätzende Fundgrube dar. Überdies habe ich viele Zeitzeugen nach Fakten und Hintergründen schriftlich und mündlich befragt. Kein Name einer Person, die nicht als relative oder absolute Person der Zeitgeschichte gilt, taucht in meinem Buch ohne vorherige Konsultation auf. Ich habe keine Bewertungen abgestimmt, aber mir die Fakten bestätigen lassen.

Mehrfach habe ich in dieser Vorbemerkung meine Position als Historiker betont. Ich gehöre nicht zu jenen Vertretern dieser Zunft, die behaupten, in der historischen Darstellung könne es Objektivität geben. Ich bin ein Kind meiner Zeit, meine Fragen sind interessengeleitet. Ich habe Vor-

annahmen, Standpunkte, Erfahrungen, ethische Grundsätze. Die kann ich benennen, aber nicht ausblenden. Andere mögen meinen, dies zu können. Ich glaube nicht an ihre Wundertaten. Ich halte sie sogar für besonders raffinierte Scharlatane.

Geschichte ist Re-Konstruktion, ist das Verbindungsglied zwischen Vergangenheit und Zukunft. Mit Aufklärung und deutschem Idealismus ist die Idee verbunden, «Geschichte» als menschlicher Selbstverwirklichungsprozess sei gestaltbar. Geschichte wird so aus der Vergangenheit herausgelöst. Milan Kundera hat diese Abstraktion anschaulich an der Errichtung der kommunistischen Diktatur aus der persönlichen Erfahrung geschildert: «... was mich an der Bewegung aber am meisten bezauberte, ja berauschte, war das *Lenkrad der Geschichte*, in dessen Nähe ich mich befand (...) wir waren berauscht davon, dass wir uns in den Sattel der Geschichte geschwungen hatten und sie unter uns spürten; gewiss, es artete in den meisten Fällen später wirklich in widerliche Machtgier aus, aber es lag darin vielleicht auch (...) die absolut ideale Illusion, dass gerade wir jene Epoche der Menschheit einleiteten, da der Mensch (jeder Mensch) weder *außerhalb* der Geschichte noch unter der *Fuchtel der Geschichte* lebte, sondern diese dirigieren und erschaffen würde.»⁵

Historiker beschäftigen sich mit Vergangenheit(en) und rekonstruieren daraus Geschichte(n). Sie sezieren Mythen und entzaubern die naturgewordene Geschichte.⁶ Nichts fürchtet der Mythos mehr als seine Historisierung. Historiker interessieren sich für die Dialektik von Ungleichzeitigkeiten und Gleichzeitigkeiten. Sie versuchen der scheinbaren Sinnlosigkeit der Vergangenheit – «Die Weltgeschichte hat keinen Sinn»⁷ – einen geschichtlichen Sinn zu verleihen. Sie begreifen sich oft als wissenschaftliche Aufklärer, die dabei ihre gegenwärtige Standortgebundenheit zu rationalisieren suchen. «Gegenwart» ist für den Historiker jener Zustand, der durch die Vergangenheit konstituiert ist. «Gegenwart» hat «allenfalls die Breite eines Rasiermessers, dessen Klinge unaufhörlich Teilstücke der Zukunft abschneidet und der Vergangenheit zuweist».⁸

Ich forsche, schreibe, denke und urteile anders über die hier dargelegten Sachverhalte als jemand, der der DDR nachtrauert, als jemand, der glaubt, objektiv urteilen zu können, als jemand, der die Zone nur aus Akten, Büchern, Filmen, flüchtigen Besuchsreisen kennt, als jemand, der vor mir, nach mir oder anderswo als ich selbst geboren wurde. Fast keines der von mir beschriebenen Ereignisse kenne ich aus eigener Anschauung, ich

war weder in der Opposition noch in der SED, ich zählte zur uneinheitlichen Masse dazwischen. Ich bekenne mich zur subjektiven Begrenztheit historischer Erkenntnismöglichkeiten. Das ist ganz einfach zu verstehen: Man setze zwei Historiker vor denselben Stapel Akten und geben ihnen die gleiche Aufgabe. Als Produkte wird man zwei ganz verschiedene Bücher erhalten, die sich unter Umständen gegenseitig ausschließen – und beide können dennoch vollkommen zu Recht von sich behaupten, nach wissenschaftlichen Maßstäben gearbeitet zu haben.

Das klingt abstrakter als es gemeint ist. Aber alle, die heute über 1989/90 und die Vorgeschichte forschen und schreiben, sind Zeitzeugen – in welcher Position auch immer.⁹ Ein Westberliner schaut anders auf die Ereignisse als ein Ostberliner, jemand aus Frankfurt/Oder anders als jemand aus Frankfurt/Main, jemand aus Warschau anders als aus Prag. Und das gilt im gleichen Maße für die differenzierten Erinnerungssichten an einem historischen Ort. Nicht nur die Autoren, auch alle Leser sind Zeitzeugen. Selbst heutige Gymnasiasten, die erst Jahre nach 1989 geboren wurden, sind insofern Zeitzeugen, als sie von den Erzählungen in ihren Familien, selbst wenn nichts erzählt wird, geprägt werden. Mit anderen Worten: ein Buch über «1989» ist weder zu konzipieren noch zu schreiben, ohne darüber zu reflektieren, dass jeder, der es in die Hand nimmt, bereits über ein historisches Bild von den Ereignissen verfügt.

Insofern ist meine Darstellung ein Angebot, über «1989» etwas zu erfahren und darüber zu diskutieren. Ich verkünde hier keine objektive Wahrheit, sehr wohl aber meine eigene, die ich so darlegen möchte, dass sie nachvollziehbar und plausibel ist, selbst wenn man sie nicht teilt. Und gerade weil ich dies so sehe, möchte ich mich schon einmal vorweg bei all denjenigen entschuldigen, die in diesem Buch nicht vorkommen. Die meisten kommen nicht vor, auch die meisten Handlungsorte werden nicht einmal erwähnt. Ich weiß, dass die Ereignisse in XYZ wichtig waren, dass die Person ABC eine geradezu überragende Rolle spielte. Ich weiß aber auch, dass ich von vielen XYZ und ABC noch nie gehört habe und sie dennoch alle überragend waren. Aber ich hatte auch nie vor, eine Enzyklopädie zu schreiben, sondern nur eine schlichte Darstellung, warum «1989» kam und was sich bis zu den Wahlen am 18. März 1990 zutrug.

Kapitel I

Bilder einer Gesellschaftskrise

PROLOG

Der 30. September 1987 ist ein Tag, mit dem die meisten Menschen nichts Besonderes verbinden. An diesem Mittwoch fanden die Rückrundenspiele in den drei europäischen Fußballwettbewerben statt. DDR-Dauermeister BFC Dynamo schied im Cup der Landesmeister gegen Bordeaux aus. Gleiches widerfuhr im Cup der Pokalsieger dem 1. FC Lok Leipzig gegen Marseille. Und auch für Dynamo Dresden war nach der ersten Runde Schluss. Die Elf unterlag Spartak Moskau. Lediglich Wismut Aue überstand die erste Runde und kam gegen Reykjavik weiter. All das war für geplagte Fußballfans nichts Neues. Ungewöhnlich war die Berichterstattung über diese Pleite in der vom FDJ-Zentralrat herausgegebenen Tageszeitung «Junge Welt», der auflagenstärksten DDR-Tageszeitung. Am 1. Oktober 1987 erschien unter der Überschrift «Drei schieden aus – Kommentar überflüssig!» auf der Sportseite: nichts. Der vorgesehene Platz blieb einfach weiß. In einer Fußnote wünschten die Redakteure dem Team aus Aue noch alles Gute für die zweite Runde. Auch wenn Chefredakteur Hans-Dieter Schütt als ideologischer Einpeitscher und die «Junge Welt» als Kampfblatt bekannt waren, diese Form des journalistischen Kommentars schlug Wellen und war vielerorts Tagesthema. Eine Zeitung, die auf einen Sachverhalt mit einem weißen Kasten reagiert, gleicht einem Radiokommentar, der sich aufs Schweigen beschränkt. Das hatte 1954 der DDR-Radiokommentator Wolfgang Hempel fertiggebracht, als er nach Rahns Tor im WM-Finale gegen die Ungarn geschlagene 40 Sekunden lang schwieg – im Radiozeitalter eine schier unendlich lange Zeit.

Wen man heute auch fragt, fast alle, die sich an diesen Beitrag in der «Jungen Welt» erinnern, glauben, die gesamte Seite wäre weiß geblieben. Dabei war nicht einmal die Hälfte der Seite weiß. Der freche Nicht-Kommentar ließ die anderen Beiträge auf dieser Seite buchstäblich verblassen. Dieses journalistische Ereignis ist bemerkenswert, weil die Tagespresse in der DDR sonst langweilig, eintönig und humorlos daherkam. Der weiße

Fleck glich einem überraschenden Farbtupfer. Im übertragenen Sinne spiegelte sich in dieser Begebenheit eindrucksvoll die Situation der gesamten Gesellschaft.

Fußballbegeisterte hatten es in der DDR mit ihren eigenen Mannschaften schwer. Immer wieder hofften sie, jedes Jahr aufs Neue. Und immer wieder wurden sie enttäuscht. Magdeburg gewann 1974 als einzige DDR-Mannschaft einen Europapokal, Carl Zeiss Jena 1981 und Lok Leipzig 1987 schafften es immerhin ins Finale. Die DDR-Auswahlmannschaft fuhr nur einmal zur WM – 1974 in die Bundesrepublik mit dem berühmten Sieg gegen den späteren Weltmeister –, zur EM reichte es nie. Bei den Olympischen Spielen errang die Mannschaft zwar 1976 Gold, aber die olympischen Fußballturniere galten aufgrund der schwammigen Amateurregeln selbst hartgesottenen Fans nur als Veranstaltungen, die das Sommerloch einigermaßen füllten. Und die höchste Spielklasse, die Oberliga, wies zwischen 1979 und 1988 als Dauermeister den MfS-Verein BFC Dynamo aus. Wenn es fußballerisch mal nicht reichte, wurde mit außersportlichen Mitteln nachgeholfen, daher auch die Volksmeinung «Schiebermeister». Die beiden Meisterschaften 1989 und 1990 gewann Dynamo Dresden, was auch nicht viel besser war: Dresden war ein Polizeiverein. Die Titel waren also fest im Griff von MfS und Volkspolizei. Die anderen Mannschaften rannten wie gegen ein Bollwerk. Der BFC war verhasst im ganzen Land. Die Mannschaft bekam das bei jedem Auswärtsspiel zu hören. Im Stadion konnte man sich Luft machen und meinte zugleich den SED-Staat. Der Volksmund hatte dies in eine einfache Formel gebracht. Im südlichen Ostberliner Bezirk Köpenick war die Mannschaft vom 1. FC Union zu Hause. Der Volksmund witzelte nicht zuletzt mit Blick auf den BFC: «Nicht jeder, der für Union ist, ist ein Staatsfeind. Aber jeder Staatsfeind ist ein Fan von Union.»

Die Hoffnungen der Fußballfans schlugen regelmäßig in Trauer, Wut, Resignation, Enttäuschung um. Viele blieben ihren Vereinen zwar treu, aber für die DDR-Auswahlmannschaft nahmen Interesse und Begeisterung spürbar ab. Die Gurkentruppe versagte zu oft. Und auch die internationalen Vergleiche auf Klubebene boten kaum Anlass zur Freude. Was zwischen Rostock und Suhl nach Weltspitze aussah, verkam in Vergleichen mit Bordeaux, Rom, Barcelona, London oder Uerdingen zur Provinzposse. Nicht, dass es nicht auch hin und wieder Achtungserfolge gegeben hätte. Jeder sah ja, wie sich die individuellen Talente entfalteten und

dann doch immer wieder im Kollektiv verkümmerten. Das «Sportwunderland DDR» nahm es in vielen Disziplinen stabsplanmäßig mit den Großen der Welt auf, aber ausgerechnet im größten und beliebtesten Volkssport Europas rangierte die DDR auf mittelmäßigen Plätzen.

1987 hatten es nun selbst die «Junge Welt»-Redakteure satt und kommentierten ihre fortwährend enttäuschten Hoffnungen mit symptomatischer Sprachlosigkeit. Was sollten sie auch sagen? Unentwegt propagierten sie stolze Hoffnung, lichterlohe Zukunft, wissenschaftlich abgesicherte Gewissheit – und zugleich wuchsen Unzufriedenheit, Ratlosigkeit, Resignation, Hoffnungslosigkeit. Die seltene Originalität, die eigene Sprachlosigkeit auch sprachlos auszudrücken, lässt sich durchaus als Zeichen dafür verstehen, dass nicht einmal mehr treue Parteikader verstehen konnten, warum ihre Hoffnungen immer wieder unerfüllt blieben. Die Fußnote für Wismut Aue, einem kleinen außerhalb der Region in den achtziger Jahren wenig beachteten Verein, der gegen die Großen wie das tapfere gallische Dorf gegen die Römer ankämpfte, lässt sich auch als Hinweis darauf verstehen, dass man künftig auf andere als die Großen bauen müsse. Die bisherigen Hoffnungsträger sind keine mehr, sie sind aber noch zu mächtig, um sie frontal angreifen zu können. Deshalb wird ihr Versagen für jedermann sichtbar kommentiert, aber wiederum uneindeutig genug, um sich nicht in Gefahr zu bringen. Mit dem BFC und Dynamo Dresden kann und will man sich nicht offen anlegen, aber zugleich hegt man Hoffnungen und diese richten sich ausgerechnet auf den Verein in Aue, genauer auf «Wismut Aue». Und Klio hat es nun einmal so gewollt, dass die Wismut, der wichtigste Uranerzproduzent für die Sowjetunion, bis zum Ende der DDR als Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft firmierte. Mit anderen Worten: wer auf Aue hoffte, hoffte irgendwie auf frischen Wind. Und dieser wurde 1987 ausgerechnet aus der Sowjetunion erwartet, aus dem Land, das seit vielen Jahren für Stagnation, Hoffnungslosigkeit, Größenwahn, Verbrechen, Massenterror stand. Innerhalb weniger Monate hatte sich die Situation so einschneidend verändert, dass sich förmlich alles ins Gegenteil kehrte. Die innigsten Moskautreuen schworen über Nacht ab. Selbsternannte Reformkommunisten schielten nach Moskau. Antikommunisten setzten auf einen Kommunisten. Unpolitische Menschen interessierten sich für Vorgänge im Parteiapparat. Christen suchten nach Dialogen mit Kommunisten. Die Liste ließe sich fortsetzen. MfS und Polizei, BFC und Dynamo, mochten alles im Griff haben. Viele Menschen aber hatten ge-

nug, ob nun fußballbegeistert oder nicht. Die Suche richtete sich im System auf neue Hoffnungsträger. Es ging nicht darum, «Wismut» den Klauen der Sowjets zu entreißen, sondern nunmehr die Ketten, die vom «BFC» und von «Dynamo» symbolisch gelegt wurden, zu lockern, manche wollten sie auch sprengen. Die eigenen Lebensbedingungen und -erfahrungen, nicht theoretische Entwürfe oder politische Konzepte, führten zu dieser aus der Not geborenen Erkenntnis.

Und die wichtigsten Schlüssel dazu lagen nicht in Bonn, Washington, Paris oder London, sondern in Warschau, Budapest und in Moskau. Von hier kamen die Schlüsselbegriffe der Zeit: die polnische Solidarność, der ungarische Kádárismus («Gulasch-Kommunismus») und Gorbatschows unfreiwillig finale Antwort, die sich in zwei Schlagworten bündelte: «Perestroika» (Umbau) und «Glasnost» (Transparenz, Öffentlichkeit).

RAHMENBEDINGUNGEN

Unfreiwilliger Totengräber: Das System Gorbatschow

Die DDR war Teil des sowjetischen Imperiums. Es war das größte der neuzeitlichen Geschichte und existierte von 1917 bis 1991. Die Gründung der DDR erfolgte 1949 unter direkter Anleitung der sowjetischen Siegermacht. Die prinzipielle Abhängigkeit blieb bis 1989 bestehen: nur die sowjetische Besatzungsmacht konnte der SED-Herrschaft eine Bestandsgarantie geben. So lange Moskau bereit war, die kommunistische Herrschaft auch mit Waffengewalt und durch militärische Intervention zu verteidigen, würden die ostdeutschen Kommunisten ihre nicht durch freie Wahlen errungene Macht behaupten können. Obwohl es immer wieder auch leichtere Spannungen zwischen Ost-Berlin und Moskau gab, weil sich sowohl Ulbricht in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wie auch Honecker ab den späten siebziger Jahren in ihrem politischen Aktionsradius zu eingeschränkt fühlten und selbstbewusst größere Handlungsspielräume ausloteten, blieb doch das prinzipielle Abhängigkeitsverhältnis unangetastet. Moskau benötigte die DDR als strategischen Vorposten. Im Zuge des globalen Wettrüstens Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre wurde dies umso deutlicher. Die in der DDR stationierten sowjetischen Besatzungssoldaten, in den achtziger Jahren

zwischen 400 000 und 500 000 Mann, zählten mit ihren offensiv eingestellten Kampfverbänden zu den modernsten Einheiten der sowjetischen Armee und des Warschauer-Paktes.

Das zwischen der Sowjetunion und der DDR gelegene «Volkspolen» galt bündnispolitisch als unsicher. Von ständigen Unruhen und einer katastrophalen Wirtschafts- und Versorgungslage gezeichnet,¹ galt Polen seit Ende der siebziger Jahre als Wackelkandidat, dem am ehesten zugetraut wurde, aus dem Ostblock auszuscheren. Durch die Wahl des polnischen Kardinals Karol Wojtyła zum Papst Johannes Paul II. erhielt die polnische Gesellschaft, die stark katholisch geprägt ist, 1978 eine Symbolfigur in ihrem Kampf um nationale Unabhängigkeit und für Freiheit und Demokratie. Die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* forderte ab Sommer 1980 mit über 10 Millionen Mitgliedern den kommunistischen Staat heraus, der sich am 13. Dezember 1981 nur noch durch die Verhängung des Kriegsrechts zu retten wusste. Die Sowjetunion zögerte zuvor, militärisch einzugreifen. Die Intervention in Afghanistan, die zur Jahreswende 1979/80 begonnen hatte, war auf eine unerwartet heftige Reaktion der Weltöffentlichkeit gestoßen. Der Boykott der Olympischen Spiele in Moskau 1980 bedeutete einen schweren Prestigeverlust. Zudem war die Lage in Afghanistan selbst außerordentlich kritisch. Die islamischen Glaubenskrieger waren keineswegs gewillt, sich der sowjetischen Militärmacht zu ergeben. Das Sowjetreich schlitterte in einen zermürbenden Guerillakrieg mit hohen Verlusten, der den religiösen Fundamentalismus sowie das Autonomie- und Unabhängigkeitsstreben auch in den kaukasischen und mittelasiatischen Sowjetrepubliken zu neuem Leben erweckte. Nichts konnte die Sowjetführung weniger brauchen als einen neuen Krisenherd.

Der polnische KP-Chef Jaruzelski hat das Kriegsrecht und die gewaltsame Ausschaltung der *Solidarność* damit zu entschuldigen gesucht, dass hierdurch eine drohende Militärintervention der Russen abgewendet wurde. Es gibt aber auch Hinweise, dass er selbst eine sowjetische Invasion bevorzugt hätte. Jaruzelski «war der Diener des militärischen Interesses innerhalb des sowjetischen Apparats, der Offiziersbursche der sowjetischen Marschälle».²

Der Untergang von Imperien beginnt nicht im Zentrum, sondern an der Peripherie. Imperatoren mögen diese Theorie nicht kennen, aber sie verstehen Zerfallserscheinungen an den Rändern ihrer Reiche sehr wohl als existentiell. Gerade deshalb reagieren sie sehr sensibel und meist brutal,

wenn sich an der Peripherie Loslösungsbestrebungen zeigen. Ihnen geht es nicht um das widerspenstige gallische Dorf an sich, dessen Wert eher unerheblich sein mag, sie fürchten aber die Sogwirkung. Daraus erklärt sich Honeckers Anmaßung, die Sowjets zur Invasion zu drängen. Mit der Ausrufung des Kriegsrechts schienen die Wogen geglättet. Im Westen war die Empörung groß, Entspannungspolitiker wie Egon Bahr aber fielen der polnischen Demokratiebewegung in den Rücken, indem sie ihr bescheinigten, die Stabilität Europas und den Weltfrieden zu gefährden.³

Konnten Vorgänge an der Peripherie bedeutungsvoll sein, so standen Veränderungen im Zentrum immer für die seismographisch wahrnehmbaren Systemerschütterungen. Die kommunistische Ideologie pries sich zwar als internationalistisch, war im Kern aber nationalistisch. Das Zentrum lag in Moskau, paradoxerweise selbst für jene, die sich von Moskau abgewendet hatten. Es deutete nichts darauf hin, dass sich daran mit der Inthronisierung Michail Gorbatschows als Chef der KPdSU im März 1985 etwas ändern würde.

Die Sowjetunion befand sich in einer tiefen gesellschaftlichen Krise. In dem riesigen Land lebten Ende der achtziger Jahre knapp 290 Millionen Menschen, davon schätzungsweise 40 bis 60 Millionen unterhalb der Armutsgrenze. Lediglich die kleine Herrschaftsschicht, Nomenklatura genannt, lebte in Wohlstand und Reichtum. Seit 1964 hatte Leonid Breschnew das Land als Parteichef befehligt. Als er am 10. November 1982 nicht ganz 76-jährig verstarb, glich auch das Land seinem seit Jahren sichtlich dahinsiechenden Zustand. Trotz riesiger landwirtschaftlicher Anbauflächen musste die UdSSR immer wieder Getreide und andere Agrarprodukte importieren, um Hungerkatastrophen abzuwenden. Die Geschäfte waren leer, die Menschen drängten sich auf engstem Wohnraum. Statistisch hatte jeder durchschnittlich nur etwa fünf Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Die Volkswirtschaft war dem militärisch-industriellen Komplex unterworfen. Das Land war praktisch in der Hand der Geheimpolizei und der Militärs, die das Wettrüsten vorantrieben und sämtliche Ressourcen, die die Gesellschaft dringend benötigt hätte, vereinnahmten. Die Lebensumstände in der UdSSR waren den meisten DDR-Menschen kaum bekannt. Wer in die Sowjetunion reisen durfte, zeigte sich zumeist tief erschüttert. Und da es in den meisten anderen sozialistischen Ländern nicht viel besser aussah, glaubten viele, mit ihrem Leben in der DDR noch Glück gehabt zu haben.

Den Zusammenhang zwischen hochmoderner Armee und Rüstungsforschung sowie der Verelendung der Massen hat der polnische Reporter Ryszard Kapuściński beschrieben: «Die Fläche des Imperiums betrug (...) 22 Millionen Quadratkilometer, und seine Landesgrenzen (...) erstreckten sich über 42 000 Kilometer. Wenn man bedenkt, dass diese Grenzen überall dort, wo das technisch möglich ist, durch dichte Stacheldrahtverhaue gesichert waren (...) und dass dieser Stacheldraht wegen des fatalen Klimas rasch rostet, weshalb immer wieder Hunderte, ja, Tausende von Kilometern erneuert werden müssen, kann man davon ausgehen, dass ein beträchtlicher Teil der sowjetischen Hüttenindustrie nichts anderes zu tun hatte, als Stacheldraht herzustellen. Denn mit der Verdrahtung der Grenze ist es ja nicht getan! Wieviel tausend Kilometer Stacheldraht braucht man, um den Archipel GULag einzuzäunen? Jene vielen hundert Lager, Etappenpunkte und Gefängnisse, die über das ganze Gebiet des Imperiums verstreut sind! Und wie viele weitere Tausende von Kilometern verschlang das Verdrahten der Artillerie-, Panzer- und Atomwaffen-Übungsplätze? Und die Sicherung der Kasernen? Und aller Lagerhäuser? Wenn man das alles mit den Jahren multipliziert, die die Sowjetunion existierte, hat man auch die Antwort auf die Frage, warum man in den Läden von Smolensk oder Omsk weder Hacken noch Hämmer zu kaufen bekommt, von Messern und Scheren ganz zu schweigen.»⁴

Wenn man Kapuścińskis Beobachtung als Beispiel für den absurden Gesellschaftszustand nimmt, kann man sich leicht vorstellen, warum das rohstoffreiche Land mit unglaublichen Forschungspotentialen seine Bevölkerung kaum mit dem Nötigsten versorgen konnte. Zudem wird ersichtlich, warum ein solcher Staat die gesamte Gesellschaft mit einem dichten Netz von Partei- und Geheimpolizeistrukturen überzog: jede Kritik gegen die Zustände musste schon im Keim erstickt werden, wollten die Herrschenden nicht Gefahr laufen, dass sich aus wenigen Tropfen Kritik schnell eine Flut oder gar ein Tsunami entwickelte, der sie wegspülen würde. Und schließlich wird auch erahnbar, dass ein solches System neben Misswirtschaft, Geheimpolizei, Armut und Parteiherrschaft in einem hohen Maße von Korruption und Ämterpatronage geprägt ist. Als Breschnew 1982 starb, stand das Land nicht nur im übertragenen Sinne am Abgrund. Es passte nur zu gut zu dieser Epoche, dass die Träger, als sie den Sarg mit Breschnews Leichnam in die Grube an der Kremllmauer hinunterließen, die Gewalt über das Trageseil verloren und der Sarg

polternd in die Grube stürzte. Weltweit war der Krach bei der Fernsehübertragung zu hören. Es schien als würde eine höhere Macht Zeichen setzen und das Land aufrütteln wollen.

Breschnews Nachfolger, Juri Andropow, war 68 Jahre alt. Er war seit 1967 Chef des KGB und kannte die Probleme des Landes genau. Der Stagnation, wie es hieß, könne nur mit einschneidenden Reformen begegnet werden. Er bemühte sich, jüngere Parteikader in Moskau mit hohen Aufgaben zu betrauen, um die gerontokratischen Strukturen aufzuweichen. Auf seiner Agenda stand eine Reihe vorsichtiger Reformvorhaben. Sein Gesundheitszustand aber ließ ihn nur wenige Monate seines Amtes walten. Am 9. Februar 1984 verstarb Andropow. Es kam noch schlimmer. Sein Nachfolger, Konstantin Tschernenko, war nicht nur mit 72 Jahren der älteste Amtsneuling, er schien schon beim Amtsantritt todkrank, konnte sich allein kaum auf den Beinen halten. Er war ein Parteitechnokrat, dessen besondere Befähigung, das riesige Land führen zu können, niemand kannte. Ein Volkswitz aus den siebziger Jahre wurde endgültig zur Realität: «Frage: Was sind die ersten drei Tagesordnungspunkte einer jeden Politbürositzung? Antwort: 1. Hereintragen des Politbüros. 2. Anstellen der Herzschrümmacher. 3. Singen des Liedes: «Wir sind die junge Garde des Proletariats.» Tschernenkos Siechtum führte aller Welt vor Augen, wie es um die ruhmreiche Sowjetunion tatsächlich stand.

Der 10. März 1985 war ein normaler Tag im realen Kommunismus: Irgendwann schalteten die sowjetischen Radiosender am Abend dieses Sonntags auf gedämpfte Trauermusik um, aber die Kremlherren ließen noch einige Stunden verstreichen, ehe sie bekannt gaben, dass Tschernenko für immer gegangen war. Echte Trauer, wie sie bei Stalins Tod 1953 und selbst noch bei Breschnews Tod 1982 so viele Kommunisten gezeigt hatten, verspürte kaum jemand. Tschernenko hinterließ keine Spuren, höchstens in der Witzkultur.

Am Abend des 11. März 1985 wurde es verkündet: aus ihrer Mitte hatten die alten Männer einen neuen Führer auserwählt. Mitgeteilt wurde, dass die «Wahl» «einmütig» erfolgte; ein ungewöhnlicher Vorgang in einem Gremium, das sonst alles einstimmig durchwinkte.⁵ Der neue Mann hieß Michail Sergejewitsch Gorbatschow, ein Aufsteiger, der seit 1980 als Vollmitglied dem Politbüro angehörte. Er war ein Zögling Andropows und galt bereits unter Tschernenko als die Nummer Zwei in der Machthierar-

chie. Es wäre unangemessen, behaupten zu wollen, mit dem Amtsantritt Gorbatschows hätten sich tatsächlich einschneidende Reformhoffnungen verbunden. Allgemein erwarteten westliche Beobachter jedoch, dass er das marode Wirtschaftssystem modernisieren würde. Zwei Dinge waren zunächst für einen sowjetischen Parteiführer auffällig. Erstens war Gorbatschow mit seinen 54 Jahren geradezu eine Nachwuchskraft. Und zweitens hatten politisch Interessierte seine London-Visite im Dezember 1984 aufmerksam verfolgt, weil sich Premierministerin Thatcher ganz offen angetan von dem jungen Mann gezeigt hatte – ein nicht ganz alltäglicher Vorgang, zumal Thatcher nicht im Verdacht stand, Kommunisten gegenüber besonders wohlgesonnen zu sein.

Die Öffentlichkeit nahm bald Gorbatschows erste Reformbemühungen zur Kenntnis, die eher hilflos als konzeptionell durchdacht wirkten. Erinnerung sei an seinen Feldzug gegen den Alkoholismus, von dem sich der neue Machthaber im Kreml ein Produktionswachstum um 15 bis 20 Prozent versprach.⁶ Das schien zwar zunächst nur eine der üblichen Kampagnen zu sein, mit denen der marode Zustand der Gesellschaft dieser selbst zur Last gelegt und entsprechend repressiv reagiert wurde. Es war aber zugleich das implizite Eingeständnis, dass es so nicht mehr weitergehen könnte und dass Staat, Wirtschaft und Gesellschaft eines dringenden Umbaus bedurften. Gorbatschow ließ im wahrsten Sinne des Wortes den Geist aus der Flasche, den er dann nicht mehr los wurde und der ihn immer weitertrieb. Es ist das zentrale Motiv aus dem «Zauberlehrling», das hier in der Praxis zu besichtigen war: «Ach, da kommt der Meister! / Herr, die Not ist groß! / Die ich rief, die Geister / werd ich nun nicht los.» Martin Malia formulierte drastisch: «So stolperte der letzte Möchtegern-Lenin unserer Tage in die Karriere eines Fin-de-régime-Zauberlehrlings.»⁷

Gorbatschows Abrüstungsbemühungen waren von der Einsicht geprägt, die wahnwitzigen Kosten der Aufrüstung zu minimieren, um den Kommunismus ökonomisch zu retten. Anders als andere vor ihm, versuchte er, den Entwicklungen nicht nur hinterherzueilen, sondern diese zu bestimmen. Die Komplexität der Problemlage war aber nicht beherrschbar. Glasnost und Perestroika waren aus machtpolitischer Sicht der untaugliche Versuch, die Diktatur zu modernisieren.⁸ Der polnische Oppositionelle Adam Michnik schrieb im Oktober 1987: «Gorbatschows Reformen haben einen gegenreformatorischen Charakter. Sie sind eine Antwort auf die Stagnationskrise, auf die Möglichkeit einer antiautoritä-

ren reformistischen Rebellion nach polnischem Muster. Sie haben den Charakter einer Selbstverteidigung des Systems – durch den Versuch, den inneren Wandel so kontrolliert durchzuführen, dass sich die außerhalb und gegen das System entstandenen kritischen Werte und Ideale integrieren lassen. Auf diesem Wege verlieren die oppositionellen Ideale ihre destruktive, umstürzlerische Wirkung und werden zu einem Element des gewollten Modernisierungsprozesses.»⁹

Seit Ende 1986 galt Gorbatschow in der westlichen Staatengemeinschaft als Hoffnungsträger – vor allem wegen seiner Abrüstungsinitiativen. Wie skeptisch lange Zeit ein Teil der westlichen politischen Elite gegenüber dem Mann im Kreml blieb, zeigte ein Interview von Kanzler Kohl, das er Ende 1986 dem «Newsweek Magazine» gab. Darin stellte er Gorbatschow und Goebbels auf eine Stufe. Dies rief heftige Empörung hervor und stieß zugleich auf vielfache Zustimmung, weil viele dem Kremlherrscher nicht trauten. Vor allem westliche Politiker, die direkten Zugang zu Gorbatschow hatten, äußerten aber nun immer häufiger, dieser meine es ehrlich, er verkörpere einen neuen Typus des kommunistischen Machtpolitikers.

Gorbatschows Verdienst bestand darin, sich der Gesellschaftskrise zu stellen. Um keinen Preis wollte er die Reform anderen Kräften überlassen. Sie sollte im Rahmen des kommunistischen Systems und der marxistisch-leninistischen Theorie erfolgen. Gorbatschow sah sich als Bewahrer und Erneuerer eines wahren Leninismus, was auch immer er darunter verstand. Dass die Sowjetunion reformiert werden musste, war eine Überzeugung, die seine konservativen Gegenspieler teilten. Allerdings waren die Reformversuche nur das Werk einer kleinen Herrschaftsclique um Gorbatschow. Der Parteiapparat blieb gegen die Reformen eingestellt und versuchte, sie zu stören, wo es nur ging. Die Nomenklatura befürchtete, ihre Privilegien zu verlieren. Und die Parteibasis blieb wie ehemals von allen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen. Was man auch immer von Gorbatschows Politik halten mag, eines darf man nicht vergessen: weder er noch irgendeine seiner Entscheidungen waren demokratisch legitimiert. Darin unterschied sich Gorbatschow nicht von Lenin, Stalin oder Breschnew: Er übte rechtlich die gleiche Willkürherrschaft aus wie seine Vorgänger. Das Machtmonopol der KPdSU gab er erst im Februar 1990 auf. Sein beständiger Zick-Zack-Kurs war von dem Bestreben bestimmt,

die Macht zu sichern. Ein Unterfangen, das sich letztlich als aussichtslos erwies.

Gorbatschow, geboren 1931, war der erste Parteichef, dessen Karriere nicht in der Stalinzeit begonnen hatte und nicht mit dem Blut der Opfer befleckt war. Er wusste die Wirkung des gesprochenen Wortes genau zu kalkulieren und einzuschätzen. Schon darin unterschied er sich von Breschnew oder Tschernenko. Kritiker warfen Gorbatschow vor, Perestroika sei lediglich eine Wortschlacht ohne spürbare Erfolge. Das politische Handeln und der ökonomische Umbau blieben gegenüber den offenen Debatten tatsächlich erheblich zurück. Seit Anfang 1986 wurde der Begriff Perestroika zur Bezeichnung des Reformkurses verwendet. Gorbatschow gebrauchte aber auch Termini wie «radikale Reform», «tiefgreifende Erneuerung» oder selbst «Revolution». Das war übertrieben. Eine Revolution erstrebte er gerade nicht, tastete er doch die Grundlagen des sowjetischen Systems nicht an. Keine Säule des Sowjetsystems gedachte Gorbatschow zu erschüttern. Der Marxismus-Leninismus als Staatsideologie blieb ebenso unangetastet wie die Einparteiherrschaft, das Macht- und Gewaltmonopol der KPdSU oder die zentralistische Wirtschaftsstruktur mit ihrem Monopoleigentum an den Produktionsmitteln. Gorbatschow wollte die innerparteiliche Demokratie stärken, ohne repräsentative Demokratieelemente in die Gesellschaft einzuführen. Er wollte marktwirtschaftliche Elemente zulassen, ohne die sozialistische Planwirtschaft aufzugeben. Er wollte dissidentischen Kreisen größere Handlungsspielräume zubilligen, ohne die Aktionsräume des KGB einzuschränken. Immer wieder stieß er an Grenzen, die er selbst für unverrückbar hielt. Er wollte alles ändern und zugleich sollte alles so bleiben. An diesem Paradoxon scheiterte Gorbatschow, weil er die Grundlagen des Kommunismus nicht aufgeben mochte. Er brachte genau das zu Wege, was er verhindern wollte: er demontierte das alte System, ohne ein neues zu errichten. Nicht Gorbatschow erwies sich als unfähig, sondern das System war nicht reformierbar, weil es praktiziert wurde, wie es theoretisch angelegt worden war. Herrschaftslogisch waren Lenins und Stalins Verfolgungskampagnen ebenso rational wie die Niederschlagung von Reformbestrebungen in Satellitenstaaten. Auch die Bekämpfung der Gorbatschowschen Politik durch die Herrschenden in der ČSSR, der DDR oder in Rumänien diente machttechnisch dem Erhalt der Diktaturen und war folgerichtig. Während es seit Jahrzehnten aus allen Laut-

sprechern im Osten tönte «Die Partei, die Partei hat immer Recht!» und für den Parteichef eine Art Unfehlbarkeitsdogma in Anspruch genommen wurde, erklärte Gorbatschow nun, weder im Besitz der Wahrheit zu sein noch als Einziger den richtigen Weg zu kennen. Er stehe lediglich für den richtigen Sozialismus. Viele höhere und höchste Parteifunktionäre haben solche Eingeständnisse als Zeichen von Schwäche und Wankelmüt wahrgenommen. Bei «normalen» Menschen, vor allem außerhalb der Sowjetunion, stieg Gorbatschow dadurch im Ansehen beträchtlich, im Westen wurde er mehr und mehr zur Pop-Ikone.

Bei seinem Machtantritt verfügte er über kein Programm. Damit hatten seine konservativen Gegner leichtes Spiel, ihn und seine Politik zu kritisieren. Von Vorteil war dabei, dass diese Konzeptlosigkeit erst den Raum frei machte, den Pragmatiker benötigen, um handlungs- und ergebnisorientiert zu agieren. Gorbatschow konnte sich selbst korrigieren, ohne neue Ansehensverluste in Kauf nehmen zu müssen. Seine Kritiker hielten ihm dies ohnehin als Schwäche vor, seine Anhänger sahen darin seine große Stärke. Gorbatschow erweckte die Gesellschaft aus ihrem Schlaf, die ihn schon bald zum Dank vor sich hertrieb. Je mehr Offenheit er einforderte, umso mehr Offenheit wurde ihm zugleich abverlangt. Es war ein Teufelskreis, an dem geschlossene Gesellschaften zerbrechen, wenn sie nicht zu dem alten Mittel der terroristischen Unterdrückung der Gesellschaft zurückkommen wollen. Noch im November 1987 pries Gorbatschow die sowjetische Kollektivierung der Landwirtschaft, erst anderthalb Jahre später gestand er ein, dass dieser Irrweg Millionen Menschen Grund, Boden und Leben gekostet hatte.

Hatte er sich bis Ende 1986 vor allem auf den Umbau der Wirtschaft konzentriert, so ist im Laufe des Jahres 1987 deutlich geworden, dass dieser auch staatspolitische Veränderungen erforderte. Denn der Reformprozess hatte kaum spürbare Ergebnisse produziert. Es krankte am Kopf. Entschiedenerer Reformer als Gorbatschow wie etwa Boris Jelzin, Parteichef Moskaus und Kandidat des Politbüros, fielen in Ungnade und verloren Einfluss und Ämter, weil sie auf ein schnelleres Tempo und einen radikaleren Staatsumbau drängten. Gorbatschow befand sich im Zangengriff zwischen alten Betonköpfen und liberalen Reformern.

Anders als der wirtschaftliche Umbau zeitigte die geistig-kulturelle Öffnung mehr Erfolge. Die Zeitungs- und Zeitschriftenlandschaft wurde bunt und interessant. Zahlreiche verbotene Bücher erschienen. Das große

Thema war die Aufarbeitung der Vergangenheit. Mit jeder neuen Enthüllung über die kommunistischen Verbrechen in den vergangenen 70 Jahren verlor das System an Ansehen und Zuspruch. Diese Öffnung war auch – neben den Abrüstungsbemühungen – das, was im Ausland besonders wahrgenommen und im Ostblock begierig aufgesogen wurde. Die neue Sicht auf die eigene Vergangenheit wurde zum Totengräber kommunistischer Gegenwart und Zukunft. Als Gorbatschow im Dezember 1986 verfügte, dass der weltberühmte Dissident und Physiker Andrej Sacharow aus seinem Verbannungsort Gorki (Nischni Nowgorod) nach Moskau zurückkehren könne, hatte er symbolisch einen Schlussstrich unter die stalinistische Geschichte gezogen und die politische Opposition als Faktor indirekt anerkannt. Dass es ihm im politischen Alltagsgeschäft wiederum schwerfiel, dies umzusetzen, steht auf einem anderen Blatt. So hat er Sacharow, als dieser im Mai 1989 auf dem Kongress der Volksdeputierten vor laufenden Kameras die Abschaffung der führenden Rolle der Partei forderte, einfach das Mikrofon abgestellt.

Man muss Gorbatschow hoch anrechnen, dass er gegen den Widerstand des Militärs den Abzug der sowjetischen Invasionstruppen aus Afghanistan durchsetzte, der am 18. Mai 1988 begann. Seine generellen Abrüstungsbemühungen trugen erheblich zum Ende des Kalten Krieges zwischen Ost und West bei. Für den Ostblock war ein anderer politischer Schwenk von mindestens ebenso großer Bedeutung. Am 10. April 1987 hielt Gorbatschow bei einem Staatsbesuch in Prag eine Rede. Er sagte: «Wir meinen nicht, dass wir die endgültigen Antworten auf alle Fragen gefunden haben, vor die uns das Leben gestellt hat. Wir sind auch weit davon entfernt, irgendjemanden dazu aufrufen zu wollen, uns zu kopieren. Jedes sozialistische Land hat seine Spezifik. Die Bruderparteien legen den politischen Kurs unter Berücksichtigung der nationalen Bedingungen fest.»¹⁰ Mit dieser Aussage hob er die 1968 formulierte «Breschnew-Doktrin» auf. Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakttruppen in die ČSSR 1968 war am 22. August 1968 in der «Prawda» verkündet worden: «Die Verteidigung des Sozialismus in der ČSSR ist nicht nur eine innere Angelegenheit des Volkes dieses Landes, sondern auch mit der Verteidigung der Positionen des Weltsozialismus verknüpft.»¹¹ Damit rechtfertigte Moskau militärische Interventionen wie 1956 in Ungarn oder 1968 in der ČSSR und kündigte an, auch künftig jede Veränderung im Ostblock notfalls mit Waffengewalt zu unterdrücken. Dieser Invasionspolitik erteilte Gorbat-

schow im April 1987 eine Absage. Er entschuldigte sich zwar namens der KPdSU nicht für die früheren Invasionen, aber er versicherte, so etwas würde nicht mehr vorkommen. Damit gab er das Imperium preis. Zwar hatte er nur die sozialistischen Staaten Osteuropas im Blick, aber die von Russland annektierten baltischen, kaukasischen und mittelasiatischen Republiken verstanden diese Botschaft ebenso wie die Ukraine, wo sich schon bald von Moskau nicht mehr beherrschbare Unabhängigkeitsbestrebungen zeigten. Anders als in den osteuropäischen Ländern versuchte Moskau diese mit Waffengewalt zu unterdrücken, aber auch hier erwies sich letztlich: war der Geist erst einmal aus der Flasche, ließ er sich nicht mehr einfangen.

Geschichte wird nicht von «großen Männern» gemacht. Historisch war Gorbatschow die letzte Antwort auf die tiefe Gesellschaftskrise des Kommunismus. Ohne die polnische Solidarność hätte es keinen Gorbatschow gegeben. Dem zitierten Adam Michnik ist auch in historischer Perspektive zuzustimmen. Václav Havel, tschechischer Dichter und Oppositioneller, berichtete Ende 1987, wie er zufällig Augenzeuge des erwähnten Gorbatschows-Besuches in Prag wurde. Auf einem abendlichen Spaziergang kam er am Nationaltheater vorbei, aus dem gerade Gorbatschow heraustrat. Eine frenetische Menschenmasse jubelte diesem zu, «der Mann, der in Prag eine der schlimmsten Regierungen gelobt hat, die dieses Land in seiner modernen Geschichte je hatte». Havel sieht einen freundlich winkenden Mann und es erschien ihm geradezu so, als «winke er mir zu und lächle mich an.» Havel: «Auf einmal wird mir bewusst, dass meine Höflichkeit, die mir befiehlt, einen Gruß zu erwidern, schneller war als meine politologischen Betrachtungen: scheu hebe ich die Hand und winke ihm ebenfalls zu.» Gorbatschow ist weg, die Masse verstreut sich in umliegenden Kneipen und Havel geht mit seinem Hund nach Hause. Dort angekommen und über die Geschehnisse nachdenkend erlebt er seine nächste Überraschung: «Mein scheues Winken mache ich mir überhaupt nicht zum Vorwurf. Ich habe doch wirklich keinen Grund, den Gruß eines aufgeklärten Zaren nicht zu erwidern! Eine Sache ist es nämlich, seinen Gruß zu erwidern, und eine andere, sich aus seiner eigenen Verantwortlichkeit herauszulügen, indem man sie auf ihn schiebt.»¹²